

Es gilt das gesprochene Wort!

**Wirtschaftsstandort
Deutschland –
Herausforderungen und
Perspektiven im europäischen
Kontext**

Rede von

Arbeitgeberpräsident

Ingo Kramer

Schweizerischer Arbeitgebertag

Bern, 2. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Valentin Vogt,

liebe Kolleginnen und Kollegen von den schweizerischen Arbeitgebern,

meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre und Freude, heute auf dem Schweizerischen Arbeitgebertag zu Ihnen sprechen und mit Ihnen diskutieren zu dürfen. Die Schweiz und Deutschland verbindet ein enges und gutnachbarschaftliches Verhältnis, auch wenn ein deutscher Finanzminister schon einmal die Kavallerie schicken wollte – ein Ausrutscher, den wir hoffentlich überwunden haben. Wir haben zu großen Teilen eine gemeinsame Sprache, haben einen ähnlichen kulturellen Hintergrund, und so manche wirtschaftspolitische Herausforderung gleicht sich auch. Ich bin daher überzeugt, dass wir heute viel voneinander lernen und uns daher auch ergänzen können!

Wirtschaftsbeziehung

Meine Damen und Herren,

die Schweiz und Deutschland pflegen traditionell eine florierende Wirtschaftsbeziehung. Die Schweiz zählt zu den Top-Ten der deutschen Außenhandelspartner. Umgekehrt ist Deutschland sogar der wichtigste Handelspartner für die Schweiz. Im Jahr 2014 belief sich der gesamte Außenhandelsumsatz zwischen Deutschland und der Schweiz auf rund 86 Milliarden Euro (Statistisches Bundesamt 2015). Schweizer Produkte stehen in Deutschland für ausgezeichnete Qualität und genießen großes Renommee. Da wundert es nicht, dass Deutschland im letzten Jahr Waren im Wert von knapp 40 Milliarden Euro aus der Schweiz importierte. Die Schweiz importierte im letzten Jahr sogar Waren im Wert von rund 46 Milliarden Euro aus Deutschland.

Meine Damen und Herren,

der Franken-Schock stellt die Schweizer Unternehmen nun aber vor große Herausforderungen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, brauchen Sie ein hohes Maß an Flexibilität, Pragmatismus und konstruktiver Sozialpartnerschaft. Wir Deutsche blicken mit Ehrfurcht und Respekt darauf, wie gut dies den Schweizer Unternehmen unter den gegebenen Umständen bislang gelingt! Die weiterhin sehr ordentliche Wirtschaftslage in der Schweiz zeigt, dass Sie eine flexible und anpassungsfähige, weltweit vernetzte Wirtschaft haben, in der die Unternehmen pragmatisch und kreativ auf die Aufwertung

des Franken reagieren. Von diesem Mut und Engagement können wir Deutschen viel lernen, zumal der exportfördernde Eurokurs nicht ewig so bleiben wird.

Lage in Deutschland

Meine Damen und Herren,

Deutschland geht es gut – gerade im Vergleich zu manchem europäischen Partnerland:

- Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig wie heute.
- Die Steuereinnahmen steigen von Rekord zu Rekord. Die Sozialkassen melden Milliardenüberschüsse.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind konsumfreudiger denn je.
- Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll.
- Und seit Wochen wird die Wachstumsprognose nach oben geschraubt und liegt für das aktuelle Jahr bei rund zwei Prozent (Frühjahrgutachten).

Meine Damen und Herren,

Sie erinnern sich: Vor zehn Jahren hatten wir in Deutschland eine gänzlich andere Situation. Deutschland war der „Kranke Mann Europas“. Das ist heute Gott sei Dank nicht mehr so. Es mag paradox klingen, wenn ich nun sage: Unser Erfolg ist unsere größte Herausforderung! Mancher in Deutschland lässt sich von der guten Lage blenden, und die übermächtige Große Regierungskoalition in Berlin fühlt sich offensichtlich wohl in dieser Situation. Wie sonst lässt sich die teure und kurzsichtige Frühverrentungspolitik in Deutschland erklären? Wie sonst lässt sich die Gängelung der Wirtschaft mit immer neuer Bürokratie erklären?

Ja, uns geht es gut! Die Wirtschaft läuft – geschmiert von einem niedrigen Ölpreis, gestützt durch niedrige Zinsen und den niedrigen Eurokurs. Man muss kein Hellseher sein, um sagen zu können: Der Ölpreis wird auch wieder steigen, ebenso eines Tages der Eurokurs, und die Zinsen tun es bereits. Hinzu kommen Krisen, die wenige Flugstunden von uns stattfinden und für Unsicherheit sorgen – auch in der Wirtschaft. Die griechische Odyssee und der Ukraine-Konflikt sind nur zwei Beispiele für externe Faktoren, die dazu führen können, dass sich die Konjunktur in Deutschland und Europa schnell wieder eintrüben kann. Diese Unsicherheiten haben zur Folge, dass der Start eines starken Investitionszyklus auf sich warten lässt. Gerade auch die Auslandsnachfrage ist nicht

hoch genug, um die Kapazitätsauslastung weiter nach oben zu treiben. Die Folge: Unternehmen halten sich mit Erweiterungsinvestitionen zurück. Unsere Politik müsste jetzt die richtigen Weichenstellungen für mehr Wachstum und Investitionsdynamik setzen: Deutschland braucht eine verlässliche und nachhaltige Wirtschaftspolitik, in der

- flexible Beschäftigungsformen erhalten bleiben,
- der Fachkräftenachwuchs gesichert wird, trotz unserer negativen demographischen Entwicklung,
- und mehr öffentliche Investitionen für die Modernisierung der Infrastruktur fließen.

Mindestlohn

Meine Damen und Herren,

alles andere als eine sinnvolle Wirtschaftspolitik ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Die Schweizer haben sich im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. Deutschland hat seit Beginn dieses Jahres einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Wir Arbeitgeber haben bis zuletzt dagegen gekämpft. Und zwar aus prinzipiellen Erwägungen heraus – und nicht etwa, weil 8,50 Euro pro Stunde eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland wären.

Worum geht es uns Arbeitgebern? Das Mindestlohngesetz beschädigt massiv die Tarifautonomie. Werden Tarifverträge verdrängt und der Abschluss neuer Tarifverträge faktisch behindert, stellt das die bei uns bewährte Tarifautonomie grundsätzlich in Frage. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelte Tarifverträge müssen gegenüber gesetzlichen Vorgaben zur Lohnhöhe stets Vorrang haben. Denn wir wissen immer noch am besten, welcher Lohn im jeweiligen Betrieb oder der jeweiligen Branche angemessen ist. Der gesetzliche Mindestlohn ist falsch, weil die Politik sich in das Kerngeschäft der Tarifpartner einmischt und damit die Sozialpartnerschaft schwächt.

Sozialpartnerschaft

Meine Damen und Herren,

die Tarifautonomie in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Die produktivitätsorientierte, differenzierte und flexible Tarifpolitik hat Deutschland wettbewerbsfähig gemacht. Die Tarifparteien haben den Betrieben mit tariflichen Öffnungsklauseln vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt. So können Tarifverträge den unterschiedlichen

betrieblichen Anforderungen heute besser und gezielter angepasst werden. Durch dieses Zusammenspiel der Sozial- und Betriebspartner ist es auch in Krisenzeiten gelungen, einen flächendeckenden Beschäftigungsabbau zu verhindern. Die Sozialpartnerschaft hat sich bei der Bewältigung großer Herausforderungen bewährt. Das gilt es zu bewahren!

Tarifeinheit

Meine Damen und Herren,

ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft in Deutschland ist das jüngst beschlossene Tarifeinheitsgesetz. Ein Betrieb – ein Tarifvertrag. In dieser Faustformel lässt sich der Grundsatz der Tarifeinheit zusammenfassen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in einem Betrieb, in dem sie gemeinsam am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens arbeiten, wissen, was für sie gilt und woran sie sind. Das Tarifeinheitsgesetz regelt nur wieder, was bis 2010 durch laufende Rechtsprechung seit Jahrzehnten galt, falls zwei Tarifverträge für die gleiche Arbeitnehmergruppe aufeinandertreffen. Natürlich kann dann nur einer dieser Tarifverträge gelten – und das ist zweckmäßigerweise der Mehrheitstarifvertrag. Wir wollen für die Zukunft vermeiden, dass in weiteren Branchen und Betrieben Probleme durch Gewerkschaftskonkurrenzen mit Machtkämpfen durch kleine Spartengewerkschaften entstehen. Vielleicht haben Sie ja den lähmenden Streik bei der Deutschen Bahn verfolgt, den die Lokführergewerkschaft GDL vom Zaun gebrochen und der Deutschland wochenlang beeinträchtigt hat.

Migration

Meine Damen und Herren,

ein ganz anderes Thema, das die Gemüter in der Schweiz, in Deutschland und in vielen Mitgliedstaaten der EU derzeit erhitzt, ist das Thema Migration und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Als deutsche Arbeitgeber haben wir hierzu eine klare und zwar positive Haltung: Deutschland leidet unter einem strukturellen Fachkräftemangel, der durch Defizite im Bildungssystem und den demografischen Wandel gravierend verschärft wird. Bis 2035 werden vier Millionen Arbeitskräfte in Deutschland fehlen, bereits 2020 wird die Fachkräftelücke bei 1,8 Millionen liegen (Prognos 2015). Wenn Deutschland seine volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten und international wettbewerbsfähig bleiben will, dann müssen alle inländischen Potenziale für den

Arbeitsmarkt erschlossen werden. Das heißt, die Potenziale von schulisch schwächeren Jugendlichen, Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen wie auch bereits bei uns lebender Migranten besser als bisher auszuschöpfen. Gleichzeitig sind wir aber auf mehr Fachkräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland angewiesen. Für dieses Ziel brauchen wir weniger Hürden für interessierte Fachkräfte aus dem Ausland. Und wir müssen Ihnen überzeugender als bisher vermitteln, dass sie bei uns auch tatsächlich willkommen sind.

Meine Damen und Herren,

wie auch Sie als Vertreter der Schweizer Wirtschaft haben wir das knappe Votum in der Schweiz für die Begrenzung der Zuwanderung im vergangenen Jahr als bedauerlichen Rückschlag empfunden. Es bereitet mir Sorgen, dass eine solche Stimmung auch bei uns mehrheitsfähig werden könnte. Zuwanderungs-Kontingente bergen die Gefahr, dass Sie den eigentlichen Bedarf an qualifizierten Fachkräften in unseren Volkswirtschaften nicht mehr decken können. Es ist wichtig und richtig, dass die EU immer wieder deutlich auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit als zentralem Bestandteil des Europäischen Binnenmarkts verweist. Die EU muss aber auch berücksichtigen, dass die Zuwanderung in die Schweiz um ein Vielfaches höher ist als jene in die Mitgliedstaaten der EU. Wir setzen uns dezidiert dafür ein, dass die EU mit der Schweiz einen konstruktiven Lösungsansatz entwickelt, der beiden Seiten gerecht wird. Wir alle müssen die in der Bevölkerung bestehenden, zum Teil auch irrationalen Ängste ernst nehmen und ihnen mit einer sachlichen und differenzierten Debatte begegnen. Genau das tun die Schweizer Arbeitgeber in beispielhafter Weise. Ich wünsche Ihnen sehr, dass eine für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden wird, die auch einer erneuten Volksbefragung standhält. Der Schweizer Souverän hat in der Vergangenheit immer wieder Vernunft und Augenmaß gezeigt – zuletzt mit der deutlichen Ablehnung der Initiative zur Erbschaftsteuer, die auch wichtige Signale für die deutsche Debatte über die Erbschaftsteuer für Familienunternehmen gesendet hat.

Weiterentwicklung der EU

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch kurz bei der Europäischen Union bleiben, die aus schweizerischer Perspektive auch durchaus kritisch betrachtet wird. Und in der Tat ist die aktuelle Situation der EU nicht befriedigend. Das Wachstum ist zu niedrig, die Arbeitslosigkeit

und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit sind zu hoch. Ursache ist die mangelnde Attraktivität des Standorts Europa für Investoren. Es muss deshalb die höchste Priorität der EU sein, jeden Mitgliedstaat und damit die EU insgesamt wieder global wettbewerbsfähig zu machen. Jeder Mitgliedstaat steht dabei in der Pflicht, im Rahmen der europäischen Regeln sein eigenes Reformprogramm zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Wenn uns das gelingt, bietet die Europäische Union die besten Voraussetzungen, um politische Stabilität, wirtschaftliche Prosperität und soziale Sicherheit in Europa zu gewährleisten – so wie in den letzten Jahrzehnten mit schrittweisem Erfolg geschehen. In diesem Zusammenhang blicke ich mit Sorge auf die europapolitische Debatte in Großbritannien. Ein Austritt des Vereinigten Königreichs wäre wirtschaftlich für beide Seiten fatal und Gift für die europäische Idee.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die schweizerische wie die deutsche Wirtschaft stehen zurzeit gut da. Damit das so bleibt, müssen wir mit Blick auf globale Krisen wachsam sein. Wenn wir auch zukünftig eng kooperieren und auch bereit sind, von den Stärken des jeweils anderen zu lernen, werden wir auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erfolgreich sein. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion mit Ihnen, Herr Vogt, und wünsche Ihnen – und uns – für Ihre wichtige Arbeit alles erdenklich Gute!

Vielen Dank!